

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Schiffstraße 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2501

Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Mit 316 gegen 24 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Vor dem Portal des Reichstages standen trotz strömenden Regens Scharen, die Einlaß suchten. Das ist vorläufig gegen 11 Uhr vormittags das einzige Anzeichen eines ungewöhnlichen Tages. Im Hause ist es noch still. Die große Wandelhalle ist wie ausgestorben. Die Abgeordneten, die schon zahlreich im Hause sind, halten sich in dem Geseßaal oder den Fraktionsräumen auf. Nirgends hört man laute erregte Gespräche, es ist, als ob ein dumpfer Druck über allem lastet. Man nennt die Zahl der schon eingetroffenen Abgeordneten und die Stärke, mit der die einzelnen Fraktionen bisher angetreten sind. Die Zahlen ändern sich in jedem Augenblick. Sie werden dem Reichskanzler, der noch in der Reichskanzlei ist, von Zeit zu Zeit telephonisch übermittelt. Um 11 Uhr traten Zentrum und Demokraten zur Fraktionsführung zusammen. In einer halben Stunde beginnt die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Ein Gerücht macht flüsternd die Runde: Die Bayerische Volkspartei soll auf eine Weisung hin, die sie aus München erhalten hat, zum Feind übergegangen sein, d. h. zu denen, die durch ihren Auszug aus dem Saal das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit verhindern wollen. Am Donnerstag hat nach der Abg. Leicht als Vorsitzender der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Plenum die feierliche Erklärung abgegeben, seine Partei würde wohl gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen, aber keine Obstruktion treiben, sondern sich loyal verhalten und bei der Abstimmung im Saal bleiben. Jetzt soll es wieder anders sein, auf einen Wink von München her! Ein Umschwung der Bayerischen Volkspartei würde neue Gefahr bringen. Wieder sehen sich alle Rechenstifte in Bewegung.

Die Koalitionsparteien zählen 346 Mitglieder. Dazu kommt der Bayerische Bauernbund, der mit seinen vier Mann im Saal bleiben will, macht 350. Die Bayerische Volkspartei hat 20 Mitglieder. Bleiben sie im Saal, so wären bei vollzähliger Anwesenheit aller dieser Fraktionen auch nach Abzug der Obstruktionisten noch 370 Mann da, also 64 mehr als zur Zweidrittelmehrheit notwendig sind. Gehen die bayerischen Volksparteiler hinaus, dann bleiben 350, also immer noch 44 mehr, als zur Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Nun aber sind die Abgeordneten niemals vollzählig da. Unter hundert gibt es immer einige, die durch höhere Gewalt am Erscheinen verhindert sind oder die wegen abweichender persönlicher Meinung der Abstimmung lieber fernbleiben wollen. Rechnerisch lautet also die Frage, ob der Ausfall bei den Koalitionsparteien im ganzen mehr als 44 betragen wird. Wäre das der Fall, dann fielen das Gesetz und die Auflösung wäre da.

Um 12 Uhr werden folgende Zahlen genannt: von den 39 Demokraten sind 38 anwesend, von den 66 Volksparteilern 58, von den 68 Mitgliedern des Zentrums 60, zusammen 156, dazu die 4 Bayerischen Bauernparteiler, zusammen also 160. Zur Zweidrittelmehrheit sind 306 Abgeordnete notwendig, bleiben 146, die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestellt werden müssen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat insgesamt 173 Mitglieder.

Um 1/1 Uhr ist die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion zu Ende. Es ist mit übergroßer Mehrheit beschlossen worden, daß für die bevorstehende Abstimmung der Fraktionszwang gilt, d. h. daß es den einzelnen Mitgliedern nicht gestattet sein soll, durch ihr Verhalten den Willen der Fraktion zu durchkreuzen. Alle Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sollen demnach im Saal verbleiben und mit Ja stimmen.

Der Beginn der Sitzung.

1 Uhr 40 Min. (Während der Abstimmung.)

Zu Beginn der Sitzung versuchten die Abgg. Stöcker (Komm.) und Ledebaur (Unabh. Soz.) eine Geschäftsordnungsdebatte zu eröffnen, um die entscheidenden Abstimmungen zu verschieben. Dieser Versuch mißlang vollständig. Zur Abstimmung selbst ergriff unter atemloser Stille Abg. Leicht (Bayer. Bp.) das Wort. Bis zur Eröffnung der Sitzung war die Fraktion der Bayerischen Volkspartei zu einer Sitzung zusammengetreten und es hieß allgemein, sie hätte die Weisung von München aus erhalten, das Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes um jeden Preis zu verhindern, indem sie entgegen ihrer Ankündigung am Donnerstag den Saal verlassen würde. Die ersten Sätze des Abg. Leicht schienen diese Auffassung, die mit einer größten Gefährdung des Ermächtigungsgesetzes gleichbedeutend gewesen wäre, zu bestätigen.

Unter allgemeiner Bewegung erklärte jedoch der Sprecher der Bayerischen Volkspartei, daß er für seine Fraktion diese Ankündigung vom Donnerstag aufrechterhalte und daß die Fraktion im Saale bleiben und gegen das Gesetz stimmen würde.

Die Abstimmung.

Der erste Artikel mit der Ueberschrift wurde durch bloßes Aufheben von den Plätzen angenommen. Die Deutschnationalen, Bayerischen Volksparteiler und Kommunisten blieben sitzen. Nun folgte die entscheidende Abstimmung über das Ganze durch Stimmgabel, wobei die Kommunisten und Deutschnationalen den Saal verließen. Da fast alle sozialdemokratischen Abgeordneten, die zur Opposition gehören, entsprechend dem Fraktionsbeschluss im Saale geblieben sind und mit Ja stimmten, war die Annahme gesichert.

10 Minuten vor 2 Uhr verkündete Präsident Löbe das vorläufige Ergebnis der namentlichen Gesamtstimmabstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Es wurden abgegeben 347 Stimmen, davon 24 mit Nein; 316 mit Ja und 7 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Es waren somit mehr als zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Reichstages anwesend, haben an der Abstimmung teilgenommen und mehr als zwei Drittel dieser Zahl haben für das Gesetz gestimmt, das damit angenommen ist.

Die Verkündung der Annahme wird von den Kommunisten mit Pfuirufen aufgenommen. Darauf erhält Abg. Fröhlich (Komm.) das Wort zu einer Erklärung seiner Fraktion gegen das Gesetz.

Neue Notverordnung.

Nachdem vor einigen Tagen bereits die Verordnung über die Zahlung der Steuern in Gold erlassen worden ist, beschäftigte sich das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Bekämpfung der Preistreiberellen durch Kar-

nur mit Zustimmung der Behörde wirklich sind und daß die Behörde während dieser Sperrzeiten auch die Streckung der Arbeit bis auf 24 Stunden vorschreiben kann. Auf der anderen Seite hat die Reichsregierung im Artikel 2 der neuen Verordnung den § 12 der Verordnung vom 12. Februar aufgehoben. Nach dieser Vorschrift war der Arbeitgeber gezwungen, die Arbeit in seinen Betrieben zu strecken, wenn er auch nur einzelne Arbeiter entlassen wollte; das bedeutet eine Belastung für die Betriebe, die mit den Grundfähen der Produktivität nicht vereinbar ist. Die Aufhebung des § 12 entspricht übrigens auch einem Gutachten, das der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats kürzlich erstattet hat. In einer weiteren Vorschrift der neuen Verordnung werden landesrechtliche Bestimmungen über Betriebsstilllegungen, Arbeitsstreckung oder Erhaltung von Arbeitnehmern in den Betrieben für unwirksam erklärt.

Für billige Kohle.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Reichspräsident und Reichsregierung haben folgende Notverordnung erlassen:

In Abänderung des § 112 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen vom 21. August 1919 zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft (Reichsgesetzblatt S. 1449) wird bestimmt, daß der Reichswirtschaftsminister befugt ist, die vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreise auch ohne vorgängige Anhörung des Reichskohlenrats und Reichskohlenverbandes herabzusetzen. § 2. Das Kohlensteuergesetz vom 20. März 1923 (Reichsgesetzblatt S. 193) wird aufgehoben. § 3. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Oktober 1923 in Kraft.

Zur Mehrarbeit im Bergbau.

Gelegentlich der Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne, die am Donnerstag und Freitag in Berlin stattfanden, wurde auch die Frage der Mehrarbeit eingehend besprochen. Die Vertreter der Arbeitnehmer äußerten hierbei ihre prinzipielle Zustimmung zur Notwendigkeit einer Mehrleistung auf dem Gebiete der bergbäulichen Produktion, behielten sich aber ihre endgültige Stellungnahme bis zur Entscheidung durch die bevorstehenden Mediationskonferenzen vor. Die weiteren Verhandlungen über die Frage der Mehrarbeit sollen aus diesem Grunde erst am kommenden Donnerstag im Zusammenhang mit den an diesem Tage stattfindenden neuen Lohnverhandlungen geführt werden.

Die Küstriner Putschisten.

Erhebung der Anklage gegen 14 Teilnehmer.

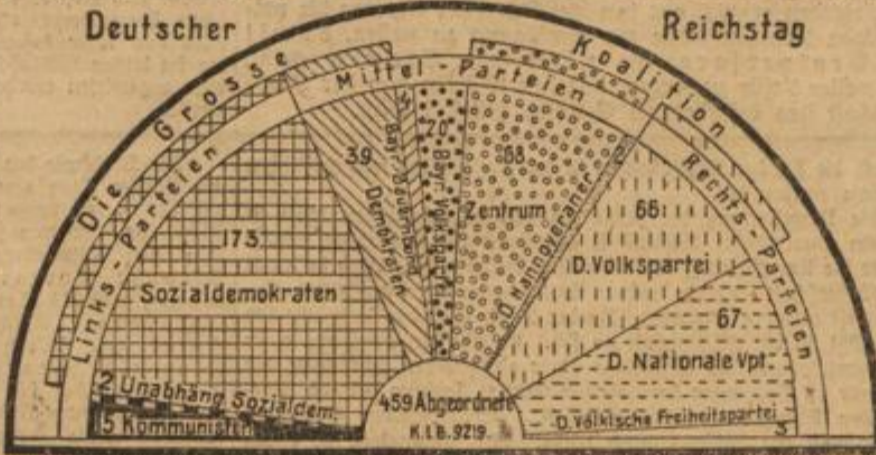
Aus dem Reichsjustizministerium erfahren wir: Wegen der Vorgänge, die sich am 1. Oktober in Küstrin abgespielt haben, ist bei dem zu ihrer Aburteilung eingesetzten außerordentlichen Gericht Kottbus Anklage erhoben worden gegen 1. den Major a. D. Ernst Buchrucker in Haus Tornow bei Budow, Kreis Lebus, 2. den Major a. D. Friedrich Herzer in Küstrin, 3. den Kaufmann Hans Hann in Pignitz, 4. den Zahnarzt Max Fliege in Leipzig, 5. den Oberleutnant a. D. Felix Voigt in Küstrin, 6. den Kandidaten der Chemie Gerhard Reichel in Küstrin, 7. den Ingenieur Karl Dabkowski in Küstrin, 8. den Landwirt Hans Koertge in Duberow bei Wüllroße, 9. den Landwirt Hermann Kühn in Brunow, Kreis Angermünde, 10. den Landwirt Georg Burghardt in Kleindammer, Kreis Jülichau, 11. den Kaufmann Willy Briezowski in Berlin, 12. den Oberleutnant a. D. Arnold Schent in Küstrin, 13. den Landwirt Eduard Stobbe in Rietzdorf, Kreis Schwiebus, 14. den Oberleutnant a. D. Georg Walter in Küstrin. Die Anklage beschuldigt die genannten 14 Personen, welche sich sämtlich in Haft befinden, des Hochverrats, weil sie es gemeinschaftlich unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig zu ändern. Da die Anklageschrift bei dem außerordentlichen Gericht bereits eingereicht worden ist, so kann damit gerechnet werden, daß die Hauptverhandlung im Laufe der nächsten Woche stattfindet. Den Vorfall im Gericht wird der Landgerichtsdirektor Lampe in Kottbus führen. Die Anklage wird durch Landgerichtsdirektor Henrich in Berlin vertreten werden. Eine große Anzahl anderer Personen, die wegen der Vorgänge in Küstrin in Haft genommen waren, sind in ihre Heimat abbefördert worden, da es sich nicht hat nachweisen lassen, daß sie von den hochverräterischen Absichten ihrer Führer Kenntnis gehabt haben.

Teuerungsunruhen in Köln.

Köln, 13. Oktober. (TU.) Die Teuerungsunruhen haben sich im Laufe des heutigen Nachmittags in verschiedenen Teilen der Stadt und der Vororte in verstärktem Umfang fortgesetzt. In zahlreichen Stellen wurden Fahrzeuge mit Lebensmitteln oder Gegenständen des täglichen Bedarfs ausgeraubt. Verschiedene Plünderer konnten festgenommen werden. Ein Kraftwagen mit Schutzpolizeibeamten, der zu einer gefährdeten Stelle fuhr, wurde unterwegs von der Menge angehalten und hart bedrängt. Die Beamten mußten mit der Hiebwaaffe einschreiten, da sie von der Menge mit Steinen beworfen wurden. In der Severinstraße kam es zu besonders starken Ausschreitungen. Der Straßenzug mußte mehrere Male mit blanker Waaffe von berittener Polizei und Mannschaften zu Fuß geäubert werden.

Dollarkurse ohne Börse.

Am Sonnabend blieb die Börse für jeden Verkehr geschlossen. Vom Bureau entwidelte sich ein lebhafter Meinungsaustausch über die Lage des Devisenmarktes. Zu größeren Abschlüssen, auch in Effekten, bestand im Hinblick auf den noch völlig ungewissen Ausgang der heutigen Reichstagsitzung und die noch nicht geklärte Frage der ersten Notverordnungen zunächst wenig Reizung. Auf dem gesamten Geschäftsleben lastet neben der sehr scharf in die Erscheinung tretenden Geldknappheit vor allem die Ungewißheit über die kommenden Maßnahmen der Währungsreform. Die Gesamtendenz des Devisenmarktes bleibt immerhin fest. Man nannte den Dollar mit 5,5 bis 5,75, englische Pfunde mit 25 bis 26 Milliarden. Große Nachfrage besteht nach Dollarwechseln und Goldanleihen, da die Verwendung dieser Papiere als wertbeständige Zahlungsmittel in den letzten Tagen sehr stark zugenommen hat.



Rußland und die deutsche Krise.

Von Prof. Dr. S. Tschachotin.

Der Verfasser des nachstehenden Artikels, ein Mitglied der Redaktion des sozialdemokratischen Berliner Organs „Matrone“, sendet uns den Artikel als Beitrag zur Frage, welches Interesse Rußland an der weiteren Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland hat. Ohne uns das Urteil des Verfassers über Rußland in allen Punkten zu eigen zu machen, geben wir seinen Ausführungen gerne Raum, um einer der mehr realistisch eingestellten Auffassungen in russischen politischen Kreisen Geltung zu verschaffen. Red. d. „Vorwärts“.

Die Auswirkungen der deutschen Krise sind nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa und insbesondere für Rußland, als den Träger einer neuen sozialen Entwicklung, von Bedeutung. Man mag über die russischen Verhältnisse denken, wie man will, zweierlei bleibt jedoch als Tatsache bestehen: Rußland erholt sich und erstarkt, und zweitens ist in Rußland eine Gesellschaftsform entstanden, die die großen Volksmassen auf die Bahn der Entwicklung einer wirklichen sozialen Demokratie, eines Arbeitsstaates drängt. Alle, die in letzter Zeit Rußland bereist haben, geben ohne weiteres zu, daß sich in den breitesten Schichten des Volkes eine eigenartige physische Wandlung vollzogen hat, für die als besonderes Kennzeichen der Wille zur Tat ist. Das Rußland von heute ist, trotz aller seiner noch offensichtlichen Schwierigkeiten und Mängel, doch der einzige und keine effektiven Ausmaß nach höchst bedeutsame Hort für die Idee der Menschheitsentwicklung in sozialistischem Sinne.

Europa kann auf die Dauer keine Wirtschaft ohne Rußland treiben. Europa ist wirtschaftsgeographisch auf Rußland angewiesen, und je eher Rußland ausblüht, desto rascher wird auch Europa gesund. Die wirtschaftliche Befundung und die damit eng verbundene politische Konsolidierung Rußlands ist aber in agitatorischer Hinsicht ein ungemein wirksamer Faktor. Nichts kann die Volksmassen im Westen so sehr faszinieren, so sehr überzeugen und alle Verleumdungen politischer Feinde zunichte machen als eine solche innere Festigung des heutigen Rußlands.

Rußland braucht keine kostspielige Propaganda, die Tatsache seiner Befundung ist an sich schon ein Propagandafaktor ersten Ranges. Allerdings ist die hier zum Ausdruck gebrachte Meinung keineswegs so zu verstehen, als ob hier die russische Revolutionsform als alleinigmächtig erklärt und die agitatorische Auswirkung der russischen Renaissance in dieser Hinsicht verlangt wird. Wir sind vielmehr der Meinung, daß gerade die russische Revolution Europa von der Notwendigkeit ebensolcher katastrophalen Umwälzungen bewahrt hat. Die Tatsache allein, daß in einem Rußland wie Rußland sich die Verhältnisse ganz anders wie in Europa gestalten haben, genügt vollkommen, um Europa dauernd zu zwingen, seine Wirtschaft und Politik dem entscheidenden Faktor im Osten anzupassen. Wenn der Zarenstaat als eine militärische Dampfmaschine angesehen wurde, so ist der neu-russische Sowjetstaat eine wirtschaftliche Dampfmaschine, die Europa unausbleiblich zwingen wird, den Weg zur Schaffung eines Bundes von Arbeitsstaaten zu beschreiten. Ohne Katastrophen, ohne gewaltsame Erschütterungen, wird Europa, kraft der Tatsache der siegreichen russischen Revolution, allmählich zu derselben Einstellung gelangen müssen. Gerade der Sieg der russischen Revolution ist ein Bollwerk, das geeignet ist, die europäischen Staaten vor katastrophalen Revolutionen, vor Bürgerkriegen, zu schützen. Da noch mehr, nichts könnte in diesem Augenblick die ruhige Entwicklung Rußlands und somit auch den endgültigen Triumph des Arbeitsstaatesgedankens in ganz Europa so sehr gefährden, als ein Bürgerkrieg in Deutschland.

Man hört oft, daß gerade Rußland bestrebt sei, sich in dieser Hinsicht zu betätigen und eine planmäßige Propaganda in dieser Richtung zu betreiben. Gewiß gibt es auch in Rußland Hyphoköpfe, die dafür eintreten möchten, aber läßt er-

wägende Politiker — und als solche haben sich diejenigen erwiesen, denen an leitenden Stellen die Führung russischer Politik heute obliegt — sehen ohne weiteres ein, daß ein Ueberstürzen in dieser Hinsicht mit großem Risiko verknüpft wäre. Trotzki hat kürzlich in einem Interview mit dem amerikanischen Senator King klipp und klar ausgesprochen, warum für Rußland eine Einmischung in die deutschen Verhältnisse unerwünscht und unausführbar wäre. Man sieht keine Gründe, um an der Aufrichtigkeit seiner Worte zu zweifeln. Ein Bürgerkrieg in Deutschland würde im Falle eines ungünstigen Ausgangs die europäische Reaktion, den europäischen Faschismus, gerade gegenüber dem russischen Arbeiterstaate — seinem gefährlichsten und verhassten Gegner — ganz gewaltig stärken und die ruhige Entwicklung Rußlands außerordentlich hemmen und gefährden. Im Falle eines — übrigens recht problematischen — günstigen Ausfalles des deutschen Bürgerkrieges, würde Rußland einen wirtschaftlich recht geschwächten Verbündeten bekommen, für dessen Unterhalt und Unterstützung es zu viel hergeben müßte. Dadurch würde seine eigene Lage geschwächt und das Tempo seiner Erstarkung verlangsamt werden, was wiederum eine Herabsetzung von Erfüllungschancen der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt und eine ernste Gefährdung der sozialistischen Idee selbst bedeuten würde. Das muß einmal offen und klar ausgesprochen werden. In diesem Augenblick darf man sich nicht scheuen, der letzten Wahrheit mutig ins Auge zu schauen.

Daher das große Interesse, das für Rußland in den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen in Deutschland liegt. Die Lage ist klar: Kann die Existenz und die Einheit der deutschen Republik und ihrer zusammenhaltenden Elemente gewahrt werden, die zur Niederhaltung der ihr Haupt erhebenden Reaktion nötig ist; können die Forderungen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer stärksten organisierten Träger, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, durchgesetzt werden, so sind die Aussichten auch für Rußlands ruhiges Gedeihen und damit auch für den endgültigen Sieg des sozialistischen Staatsgedankens gestiegen. Fällt die Koalition, wird der Reichstag aufgelöst, kommt die von Stresemann als Notbehelf in Aussicht genommene Diktatur, die früher oder später in eine Rechtsdiktatur ausarten würde, dann wird der Erstarkungsprozeß Sowjetrußlands und mit ihm die Hoffnung auf eine baldige Herrschaft des Sozialismus in Europa in Frage gestellt. Dann wird aber auch für Rußland, als den einzigen Arbeiterstaat der Welt, eine schwierige Lage geschaffen.

Das sollten jetzt ganz besonders diejenigen beherzigen, die so gerne von der russischen Revolution sprechen und ihr huldiigen, die aber zugleich durch unbesonnene Schritte den Triumph der Revolution und des Sozialismus beeinträchtigen könnten.

Gefahren für die Brotversorgung.

Eine Eingabe der GEM.

Die Großeintaus-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, hat in einer dringenden Eingabe an das Reichsernährungsministerium auf den besorgniserregenden Zustand in der Mehlversorgung der Konsumvereinsbäckereien hingewiesen. Die Mühlen können nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung in Getreide nicht mehr das erforderliche Korn von der Landwirtschaft beziehen, um das notwendige Mehl zu liefern, weil das Getreide zurückgehalten wird, jedenfalls gegen Papiermark nicht zur Ablieferung kommt. Dieser Zustand hat sich insbesondere in den letzten 6 Tagen infolge des Währungsverfalls gezeigt. Das Reichsernährungsministerium und in einer zweiten Eingabe an die Reichsgetreidestelle auch diese, werden ersucht, aus den Beständen der letzteren die notwendigen Mengen Korn zur Verfügung zu stellen, damit die Brotversorgung nicht ins Stocken gerät, und weiter dafür zu sorgen, daß den Mühlen von der Landwirtschaft das erforderliche Getreide geliefert wird.

Schutz den Verbrauchergenossenschaften!

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Die furchtbare Entwertung der Mark und die Notlage großer Schichten der Verbraucher haben die Konsumgenossenschaften aller Art in schwere Bedrängnis gebracht. Weniger als andere privatwirtschaftliche Unternehmungen gleicher Art sind sie in der Lage, die Preise ihrer Waren der Geldentwertung anzupassen. Eine zunehmende Verringerung ihrer Vermögens- und Warenbestände ist deshalb die Folge dieser Entwicklung gewesen. Aber auch die Allgemeinheit wird durch diese Entwertung der Löhne der Konsumvereine stark bedroht. Fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung ist auf den Warenbezug durch die Konsumvereine angewiesen. Sind die Konsumvereine nicht mehr imstande, diese Aufgabe zu erfüllen, dann bleiben Störungen des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Ordnung und Ruhe unermesslich. Es erscheint deshalb als die Pflicht des Reiches, bei seinen finanzpolitischen Maßnahmen Rücksicht auf diese Verhältnisse zu nehmen. Selbst bei nominell gleicher Belastung der Konsumvereine durch die Steuergesetzgebung ist die tatsächliche Belastung stets ein Vielfaches höher als die anderer wirtschaftlicher Unternehmungen, weil die Konsumgenossenschaften ihren steuerlichen Verpflichtungen stets restlos und auf das pünktlichste nachgekommen sind. Angesichts dieser Umstände beantragen wir: Der Reichstag wolle beschließen:

1. Im § 2 des Umsatzsteuergesetzes eine Ziffer 13 mit folgendem Wortlaut anzufügen:

13. Von der Umsatzsteuer sind befreit bei den Genossenschaften, die einem Revisionsverband angehören und die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Absatz der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren für die Genossen oder der Herstellung von Häusern für die Genossen dienen, derjenige Teil des Umsatzes, der den für die Erzeugnisse und Waren der Genossen oder den eingekauften Waren oder den für die Herstellung der Häuser gezahlten Entgelten entspricht. Das gleiche gilt bei den in ihrer Hauptbestimmung als Zentralen der Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften, deren Gesellschafter ausschließlich oder doch überwiegend die im Abs. 1 bezeichneten Genossenschaften sind.

2. Entsprechend der Befreiung der Kleinbetriebe von der Betriebssteuer sind auch die Konsumvereine und deren Zentralen von der Entrichtung der Betriebssteuer auszunehmen.

Zuckerreserve.

Sicherung der Uebergangszeit zur freien Wirtschaft.

Die im letzten Herbst wieder eingeführte Zwangsbewirtschaftung für Zucker gilt befristet nur für Zucker der leistungsfähigen Erzeugung, von dem zurzeit der Rest zur Verteilung gelangt. Durch eine in diesen Tagen erscheinende Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft werden zur Vermeidung von Störungen der Zuckererzeugung des kommenden Jahres eine Reihe besonderer Maßnahmen getroffen.

Zunächst wird den Zuckerfabriken die Verpflichtung auferlegt, eine gewisse Menge Zucker aus der neuen Erzeugung bis zu einem vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmten Zeitpunkt auf Lager zu halten. Diese Rücklage ist so bemessen, daß sie den Bedarf der Bevölkerung für etwa 4 Monate sichert. Sie darf erst in den Verkehr gebracht werden, wenn der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sie freigibt. Auf diese Weise wird erreicht, daß nicht der gesamte Zucker neuer Erzeugung am Anfang des Wirtschaftsjahres auf den Markt und in den Konsum kommt, wodurch unter Umständen für den Rest des Wirtschaftsjahres Störungen in der Versorgung eintreten könnten. Zur Verhinderung einer etwa zu befürchtenden Spekulation mit Zucker wird ferner eine besondere Großhandelserteilung für Zucker eingeführt für diejenigen Betriebe, die den Handel mit Zucker neu aufnehmen wollen. Endlich sieht die Verordnung eine Einschränkung der gewerblichen Zuckerverarbeitung vor. Die Verwendung von Zucker zur Herstellung von Marmelade und Obstkonerven, Kunsthonig, Schokoladen und Süßigkeiten sowie Branntwein und branntweinhaltigen Getränken aller Art wird von einer besonderen Ertelung abhängig gemacht. Zucker, der im letzten Wirtschaftsjahr durch die zuständigen Stellen geliebert oder zugewiesen worden ist, darf bis auf weiteres noch verarbeitet werden.

Erdgebundene Sittlichkeit.

Von Kurt Heilbut.

Der Weltkrieg hat vielen die Augen dafür geöffnet, daß die beiden einflussreichsten Weltanschauungen der europäischen Völker, Christentum und Philosophie, nicht in der Lage sind, die Menschheit aus dem Chaos zu retten. Den jungen Menschen unserer Tage, die sich freimachen wollen von den überkommenen Anschauungen und Ueberlieferungen, den Ringenden und Suchenden nach neuen Erkenntnissen und neuen Wegen, uns aus dem trügerischen und prastigigen Wahn unserer Tage hinauszuführen, sei Dr. Walter A. Bere n b o n s kleine Schrift „Erdgebundene Sittlichkeit“ empfohlen.

In einer klaren, übersichtlichen Sprache, in einer bildreichen und gedankenscharfen Sprache, die durchglüht ist von der Liebe zu den höchsten Menschheitsideen, zeigt Berendsohn, daß und warum Christentum und Philosophie als Führer und Retter versagt haben. Weder konnte das Christentum den inneren Widerspruch lösen zwischen der gottverbundenen reinen Seele und dem sündigen erdgebundenen Körper, noch vermochte die Philosophie, die Wissenschaft von der Lebensweisheit, den Gegensatz auszugleichen zwischen der Niedrigkeit der menschlichen Natur und der von ihr losgerissenen reinen Vernunft Vernunft. Das Leben ist durch reines Denken allein nicht zu meistern, und die Erkenntnis allein zwingt noch nicht mit innerer Notwendigkeit zum Sittlichen Handeln.

Nur sinnvolle Gebundenheit der ganzen Innenwelt kann die Menschenwelt umgestalten und befehlen. Ist äußere Erdgebundenheit des Menschen und der Menschheit unentzerrbares Schicksal, so ist innere Erdgebundenheit die überall lebende künftige Religion. Gebundenheit an die Natur, als Quell unserer besten Kräfte, Gebundenheit an die Kultur in erster Linie durch Familie und Beruf, innere Erdgebundenheit schafft das Ideal eines Menschen, dem sich Natur- und Kulturgebundenheit unmerklich ineinanderfügen. Die Scheidewand im Menschen zwischen Körper und Seele, zwischen Natur und Kultur ist durchbrochen, und so wird innere Erdgebundenheit zur tragfähigen Grundlage für den Aufbau einer neuen Sittlichkeit. Und die Sehnsucht nach einer neuen Sittlichkeit ist überall groß.

Jede Lebensanschauung ist irgendwo gebunden, das Christentum an den jenseitigen Gott, die Philosophie an die Sittlichkeit. Auch die an die Erde gebundene Sittlichkeit, schaltet die Freiheit aus. Nicht „Frei wovon?“ heißt die Frage, sondern mit Zarathustra wird gefragt: „Frei wozu?“. Voraussetzung ist allerdings die Freiheit von allen erstarrenden Ueberlieferungen. In ihre Stelle tritt die willige, sinnvolle, innere Gebundenheit an die Kultur. Das gilt für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft, für Volk und Staat: Wer sein Vaterland liebt, und ihm dauernden Bestand sichern will, muß dem Vaterland zutreiben. Sittlich ist alles, was die Wege dorthin ebnet. Unstetlich und verderblich dagegen ist die ungeheure

Gewalt, die sich der Kapitalismus in der Freiheit des wirtschaftlichen Lebens erworben hat.

Die Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Welt ist also ein unerfährlicher Bestandteil erdgebundener Sittlichkeit. Nicht minder die Umgestaltung der kulturellen Verhältnisse. Auch in Kunst und Wissenschaft sind die innigen Beziehungen zur menschlichen Gemeinschaft verloren gegangen. In der Kunst wird das losgelöste Ich überschätzt, in der Wissenschaft an sich. Es gilt die Schaffung einer Lebensanschauung als Grundlage einer einheitlichen Sittlichkeit, die nicht nur an Einzelgenen hervorgeholt werden, sondern bei den nahelegenden Alltagsdingen beginnen soll. „Erdgebundene Sittlichkeit“ ist Bindung des Willens durch Liebe. Ihr Wesensmerkmal ist nichts anderes als echte Menschlichkeit. Und die Erziehung zu dieser Menschlichkeit ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Die Orestie des Aeschylos in neuer Fassung.

Die Freisprechung des Mittermörders steht an der ersten Stufe der zivilisierten Geschichte: Sie beginnt mit einem epigonenhaften Kompromiß. Wir, die wir Engels' Buch über den Ursprung des Staates kennen, wissen die Figur dieses von den Erinnern verfolgten Orest richtig zu lesen. Aber unerforschlich groß ist dieses griechische Drama, weit über zwei Jahrtausende alt, auch für uns noch. Nicht nur die Uebersage nach dem Staat, auch die größere nach dem Wesen der Freiheit, Notwendigkeit und Schicksal ist in ihm. Und auch die nach dem Werden der schöpferischen Kultur aus Blutopfern und Menschenraub. — Was, sehr viel können wir hier lernen, und es ist kein Zufall, daß die Uebertragungen der antiken Tragödie ins Deutsche sich wiederholen. Johannes Traasow (der frühere Leiter des Theaters des wertvollen Volkes in Köln, jetzt Oberregisseur am Frankfurter Schauspielhaus) hat eine feste und trotz der Verwendung von Reimen geschicklich echte Uebersetzung geschaffen. Nur das erwähnte Kompromiß hat auch er nicht, indem er sich an den rettenden Goethe der „Iphigenie“ klammerte, durch einen höheren Standpunkt überwinden.

Die Inzenerierung dieses Dramas, des Chors und der Furien im Frankfurter Schauspielhaus war in mannsfacher Hinsicht bemerkenswert. Das unendlich schwierige Problem des Männer- und des Frauenchores wurde durch Schaffung von Reihen, in die sich die Strophen teilten, durch Wechsel und Vereinigung der Klänge und Positionen gelöst. Die Unterwelt der Furien wurde, ähnlich wie im Staats-theaters Jekners die der Machedonschen Hören, ins Dunkel verlegt statt ins Grau — ich weiß nicht ob mit Erfolg. Der Mörder, der die Signale des Unterganges des heiligen Troja schaut, raute aus ganzem Dunkel in einfachem Licht, hoch über dem Bühnenschauplatz horrend. Die Verkörperung der Göttin Athene erfolgte in Statuen-Form — eine äußerst glückliche Idee! Auch das Aufstehen von Kriegern und Befolge vollzog sich mit einfachen, stark wirkenden Mitteln. In der Darstellung gebührt der Klytemnestra, die die bekannte, jetzt endlich auf sich selbst zurückgekommene Heroine Melitta Leitzner schuf, ein hohes Lob.

H. v. 3.

Die Akademie der Künste eröffnete heute mittag in ihrem Haus am Berliner Platz eine große Schwarzweiß-Ausstellung, auf der — wie immer in den letzten Jahren — alle künstlerischen Richtungen vertreten sind, zum Teil mit hervorragenden Werken. Von den Mitwirkenden des Impressionismus Liebermann, Slevogt, Corinth führt die Linie über Ludwig v. Heilmann, Wilhelm Desterle, Engel, Barlach zu Kokoschka, Beckstein, Schmidt-Rottluff, Carl Hofer und Kirchner. Pastellen von Haller, René Sintenis, Georg Kolbe, Willy Steger, Lederer u. a. sind über die einzelnen Räume verteilt. Eine Kollektion ausstellung neuer Arbeiten von Käthe Kollwitz (darunter die grandiose Serie „Krieg“) bildet den Mittel- und Schwerpunkt der interessantesten Veranstaltung, auf deren Einzelheiten wir noch ausführlich eingehen werden. J. S.

Eine jessame Widmung. Der russische Graf Fedor Koston, der als der Urheber des Brandes von Moskau und damit als der eigentliche Besieger Napoleons berühmt ist, widmete seine nachgelassenen Lebenserinnerungen der Lesewelt mit folgenden seltsamen Worten: „Hund von Publikum! Wühlmäuses Organ aller Lebensschonheit! Bald himmelstark flüchtig, bald in Rot dich mägend, immer blühdings preisend und verleumdend, hohe Sturmglocke, leeres Echo deiner selbst, Extrakt der feinsten Gifte und der süßesten Wohlgerüche, Repräsentant des Salons im Menschen, Furie unter der Maske christlicher Liebe, edles Publikum, das ich in meiner Jugend gesüchtet, in reifern Jahren gehetzt, im greisen Alter geachtet habe, dir widme ich meine Memoiren. Liebesswürdiges Publikum, endlich bin ich deinem Bereiche entzogen, denn ich bin tot, folglich taub, blind und stumm. Möchtest auch du zu deiner und der Menschen Ruhe bald eines gleichen Glüdes genießen!“

Der japanische Erdbebentilm. Drei verschiedene Filmaufnahmen des japanischen Erdbebens sind jetzt gleichzeitig in den Londoner Kinos zu sehen. Sie kamen alle auf dem „Devilfish“ im Southampton von New York an, wohin sie im Flugzeug aus Seattle gebracht worden waren, nachdem sie vorher die Seefahrt von Yokohama aus zurückgelegt hatten. Da die Filme der einen Gesellschaft sofort vorführbar waren, so hatten sie in London vor den andern einen kleinen Vorsprung. Die Bilder zeigen die Ruinen von Tokio und Yokohama, und diese Szenen der Verwüstung werden dadurch noch eindringlicher, daß Bilder dieser Städte vor der Zerstörung gegenübergestellt werden. Lange, lange Reihen von Ruinen und Trümmerhaufen ziehen vorüber, zerstörte Weiden und Eisenbahnhöfen, vernichtete Wege und Telegraphenleitungen; dazwischen wandert der endlose Strom der Flüchtlinge. Die Häuser, die noch stehen, sind so geborsten, daß sie in jedem Augenblick dem Zusammenbruch geweiht zu sein scheinen.

Erkennungsführungen der Woche. Dienst. Staatsoper: „Falkaff“. Mittw. Zentraltheater: „Kammermusik“. Freit. Kammertheater: „Chalkelard“. Schiller-Theater: „Ein Volkslied“. Sonnab. Volkstheater: „Kausch“. Berliner Theater: „Doll“. Volkshäuser. Der Vortrag von Prof. Rastenberg, Sonntag, den 14. Oktober, Beschleunigt, beginnt nicht um 8, sondern um 7 1/2 Uhr.

